

Protokoll des Treffens der SELBSTBESTIMMT LEBEN INITIATIVE ÖSTERREICH vom 29. 9. bis 1. 10. 1995 in Abtsdorf/Oberösterreich

Eröffnung und Länderberichte Freitag 29. 9. 1995

Begrüßung der TeilnehmerInnen und Eröffnung

Salzburg:

Vor dem Sommer wurde das erste Peer Counseling Seminar in Österreich von der Uni Salzburg und dem Magistrat der Stadt Salzburg veranstaltet. I. [REDACTED] hat das Seminar organisiert. Es gibt eine wachsende Gruppe (Selbstbestimmt Leben Initiative Salzburg), die dabei ist ein Konzept für ein Zentrum für Selbstbestimmtes Leben zu erarbeiten. A. [REDACTED] ist für Behindertenberatung und -information in sämtlichen Bereichen beim MOHI Salzburg eingestellt worden. [REDACTED] der bisherige Behindertenbeauftragter der Stadt Salzburg hat seinen Job aufgegeben. Der Posten ist noch nicht nachbesetzt worden. Bezüglich persönliche Assistenz fanden Gespräche mit dem Land und dem Dachverband aller Behinderten im Land Salzburg statt.

Wien:

Kurzer Bericht der Besetzungsaktion im Parlament. Der nicht behinderten-gerechte Hackinger Steg erhielt Preis für gute Architektur. Das Zentrum für Selbstbestimmtes Leben (BIZEPS) erhielt einen Vertrag mit der Stadt Wien. Der Fahrtendienst verrechnet seit einigen Wochen S 165,- für einen Hilfsdienst.

Tirol:

Die Kosten des Fahrtendienstes steigen beträchtlich. Es gibt seit kurzem einen Behindertenbeauftragten [REDACTED]. Die Selbstbestimmt Leben Initiative (SLI) plant eine Regionalisierung.

Steiermark:

Leider hat sich [REDACTED] aus der aktiven Behindertenpolitik zurückge-

zogen. Die Schöckel-Seilbahn auf den Grazer Hausberg ist behinderten-gerecht geplant und wird demnächst fertig gebaut.

Oberösterreich:

Behinderte Frauen haben sich zu einer Selbstbestimmt Leben Initiative Linz (c/o DOMINO, Mozartstraße 14, 4020 Linz) zusammengeschlossen und ein Projekt gemeinsam mit dem Frauenministerium in Aussicht. Am 10. Oktober 1995 findet in Linz ein von der Initiative organisiertes Fahrtendienstforum statt. Es sind des Linzer Verkehrsbetriebe wie auch die Betreiber des Sonderfahrtendienstes eingeladen.

Vormittagsplenum Samstag, 30. 9. 95 BERICHTE:

Bericht über die Protestaktion gegen geplante Einsparungen beim Pflegegeld

5./6. 9.: Inhalt des Sozialpartner-papiers zur Budgeterstellung wird all-mählich bekannt. Es wird klar, daß man auch versucht das Budget aus-gabenseitig über Transferleistungen zu sanieren.

7. 9.: Abends Pressekonferenz zur Vorstellung des Sozialpartnerpaketes. Es ist bereits vorher bekannt, daß es einen Anschlag auf das Pflegegeld geben soll. BIZEPS organisiert An-wesenheit der Betroffenen vor und während der Pressekonferenz. Flug-zettel werden an alle JournalistInnen verteilt. Wirtschaftskammerpräsident MADERTHANER beschwichtigt vor der Pressekonferenz. Bei der Vor-stellung des Sozialpartnerpaketes werden die Einsparungspläne beim Pflegegeld schließlich deutlich. Be-troffene mischen sich gleich aktiv in

Kurz und Bündig

NEU: Name

Wir heißen ab sofort "SELBST-BESTIMMT LEBEN INITIATIVE ÖSTERREICH; Forum der Behin-derten- und Krüppelinitiativen". Ab-kürzung: SLIO

NEU: Infodienst

Unterlagen, die verteilt werden sol-len, werden an DOMINO (Mozart-straße 14, 4020 Linz) geschickt und von dort an alle schnell und regelmäßig weitergeleitet.

NEU: Thementische

Zu einzelnen Themen werden beim nächsten Treffen kurze Bespre- chungen stattfinden. Unterlagen müssen vorher über den Infodienst verteilt werden.

Aktionswoche

Rund um den 5. Mai 1996 (Euro-päischer Protesttag gegen die Dis-kriminierung behinderter Mensch) soll es eine Aktionswoche in Öster-reich geben.

Internet

Es ist geplant, daß möglichst schnell viele von sich einen Internetanschluß zulegen.

Verfassungsänderung

Wir haben eine Antidiskrimi-nierungsbestimmung für die Ver-fassung ausgearbeitet.

SprecherInnen für Gleichstellung

Wir haben 3 SprecherInnen für die Gleichstellungsangelegenheiten.

nächsten Treffens

12. bis 14. April 1996

die Pressekonferenz ein. Gutes Medienecho - Behinderte Menschen wehren sich als erste gegen geplante Einsparungen.

19. 9.: Pressekonferenz von [REDACTED] im Parlament als Auftakt zur **Parlamentsbesetzung** - Sitzstreik in der Säulenhalle. Zunächst wird die Sache nicht besonders ernst genommen. Die beiden folgenden Tage sind jedoch Plenartage, an denen 500 m um das Parlament keine Demonstration stattfinden dürfte. Die DemonstrantInnen (BIZEPS, Wiener Integrationsbewegung, Selbstbestimmt Leben Initiative Österreich) bleiben über Nacht.

20. 9.: Plenartag: Von der Parlamentsdirektion werden Zettel mit der Aufforderung zur Räumung des Parlaments verteilt. Die Plakate werden daraufhin zwar abgenommen, die anwesenden Personen aber bleiben. Die DemonstrantInnen werden zwar in Ruhe gelassen, es entsteht aber der Eindruck, daß sie negiert werden. In der **Dringlichen Anfrage** von Theresia Haidlmayr an diesem Tag, wird die Deo erwähnt. Parlamentspräsident FISCHER unterbricht die Anfrage und macht nochmals darauf aufmerksam, daß die Demo verboten sei. [REDACTED] antwortet darauf, daß die DemonstrantInnen auf verbindliche Zusagen warten würden. Die Demonstration wird zum Thema in der Präsidial und die DemonstrantInnen werden aufgefordert, das Haus zu verlassen. Sie versprechen zu gehen, wenn sie am folgenden Tag einen Termin mit dem Bundeskanzler bekommen und wieder ins Haus gelassen werden. Termin wird zugesagt. Die Diskussion um das Pflegegeld dauert im Parlament von 16 - 23 Uhr.

21. 9.: Alle DemonstrantInnen sind wieder anwesend. **Bundeskanzler** macht ihnen die Zusage, daß es keine Kürzungen beim Pflegegeld geben wird. Somit sind die Behinderten die ersten, die durchsetzen, daß das Sozialpartnerpaket wieder „aufgeschnürt“ wird - mit gutem Echo in der Öffentlichkeit.

22. 9.: Abschluß der Aktionen mit der **Demonstration vor dem Bundeskanzleramt**. Die Besetzung wurde deshalb vor die Demonstration ge-

setzt, um den Protest allmählich aufzubauen. Die ÖVP hatte den Plan die Pflegegeldstufen 1 und 2 ersatzlos zu streichen. Die Parlamentsbesetzung schien die einzige Möglichkeit gegen alle Kürzungspläne beim Pflegegeld wirksam vorzugehen, wenn auch eine sehr radikale. Es wurde eine Stellungnahme des Bundeskanzlers erzwungen. Der Vizekanzler hat sich bis heute nicht dazu geäußert. Neben dem Verzicht auf die Staffelung und der Zusage auf Valorisierung gibt es allerdings noch viele offene Forderungen.

Diskussion:

- Einverständnis zum Wegfall des Pflegegeldes ab dem dritten Tag **Krankenhausaufenthalt** ist sehr problematisch, da viele behinderte Menschen ihre persönliche Assistenz ins Krankenhaus mitnehmen müssen.
- Sozialminister HUMS hat hier zugesagt, daß bei **Nachweis** der Notwendigkeit einer persönlichen Assistenz das Pflegegeld weiter ausbezahlt wird.
- Durchschnittsaufenthaltsdauer von Altenheimbewohnern im Krankenhaus ist genau so lange, wie das Heim das Pflegegeld weiter erhält. Hier haben die **Länder bisher immens profitiert** ohne Leistung zu erbringen.
- Es ist in jedem Fall notwendig, mehr öffentliche Aufklärung zum Thema Pflegegeld zu betreiben, um es besser im **Bewußtsein** der Bevölkerung zu verankern. Ansonsten meint die Regierung immer wieder, daß hier leicht etwas zu holen sei, weil sich die Betroffenen nicht wehren können und es in der Öffentlichkeit kein Bewußtsein dafür gibt.
- Die Aufklärung der Bevölkerung über das Pflegegeld ist besser, als wir annehmen. Ergebnisse einer **repräsentativen Umfrage** von Sozialminister HUMS: 82 % aller befragten Personen und 86 % der unter 30-jährigen sind für die Beibehaltung des Pflegegeldes in seiner derzeitigen Form.
- Zugeständnis der Aufhebung des **Steuerfreibetrages** und der Dreitageslösung sind von der ÖAR initiiert.
- Diskussion um Wegfall des Pflege-

geldes bei Spitalsaufenthalten brachte die Mißbrauchsdebatte in eine andere Richtung - von Einzelpersonen zu den Ländern.

- Wegfall der Steuererleichterung ist am ehesten gerechtfertigt, weil diese nur für besser verdienende behinderte Menschen Vorteile brachte.
- Es steht noch nicht fest, wie die Regelung bezüglich Spitalsaufenthalt im Gesetz konkret aussehen wird. Die Vorgänge müssen genau verfolgt werden, damit dies nicht zum gravierenden Nachteil wird.
- **Auslandsaufenthalte:** Das Pflegegeld ruht nicht, wenn der Auslandsaufenthalt zur Berufsausbildung dient. Es gibt hier allerdings Unterschiede zwischen Bund und Ländern.
- Gehörlose Menschen: Sie erhalten kein Pflegegeld. Anträge diesbezüglich von [REDACTED] und dem Behindertensprecher der ÖVP [REDACTED] wurden bisher immer abgelehnt. Hier muß es immer wieder neue Vorstöße geben. Auch das FORUM DER VERTRETERINNEN BEHINDERTER UND CHRONISCHKRANKER AN ÖSTERREICHISCHEN UNIVERSITÄTEN will hier aktiv werden. Die voraussichtliche Novellierung des Pflegegeldgesetzes bietet vielleicht eine neue Gelegenheit eine **Fixeinstufung gehörloser Menschen** zu erreichen. Es wäre wichtig Sozialminister HUMS in einem Positionspapier anhand von einigen Beispielen auf die Notwendigkeit hinzuweisen.
- Es sollte zwei getrennte Briefe an den Sozialminister geben - einerseits zum Pflegegeldgesetz im Bezug auf die Ruhensbestimmungen, andererseits zur Einstufungsverordnung im Bezug auf gehörlose Menschen. Dabei sollten Organisationen vor Ort einbezogen werden. [REDACTED] wird eine parlamentarische Anfrage dazu stellen.

Bericht über eine Tagung in Brüssel

Am 7. 12. 1995 soll in Brüssel eine Resolution zur Aufnahme eines Diskriminierungsverbotes behinderter Menschen in den Vertrag von Maastricht übergeben werden. Dazu fand in Brüssel eine vorbereitende Tagung, organisiert von Verbänden der gehörlosen Menschen, psychisch Kranken und geistig behinderter Menschen, statt. Etwa 200 Personen waren anwesend. Den ersten Teil des Plenums leitete ein gehörloser Mensch.

Es war völlig selbstverständlich, daß alle Behindertengruppen in einem Plenum gleichberechtigt miteinander diskutieren und gehörlose Menschen nicht am Rand stehen, sondern sich aktiv einbringen. Die notwendigen Hilfen waren selbstverständlich vorhanden. Am Nachmittag wurde das Plenum von einem blinden Menschen moderiert, der während der Sitzung Informationen über ein Braille-Display erhielt und so auch die Diskussion leiten konnte.

Samstag, 30. 9. 1995, - ARBEITSGRUPPEN

Arbeitsgruppen und deren Ergebnisse

Arbeitsgruppe 1: Vorbereitung des Hearings im Parlament am 14. 11. 95

Aufgrund eines Vorschlages von [REDACTED] Einigung auf die Paragraphen, die beim Hearing eingebracht werden sollen.

Verfassungsbestimmung Verbot der Diskriminierung behinderter Menschen:

(1) Jede Form der Diskriminierung behinderter Menschen ist - auch soweit ihr nicht bereits Art. 7.1. dieses Bundesverfassungs-

gesetzes und Art. 14 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten BGBl. 210/1958 entgegenstehen - verboten.

(2) Gesetzgebung und Vollziehung haben auf die tatsächliche Herbeiführung der Gleichstellung behinderter und nichtbehinderter Menschen hinzuwirken und Maßnahmen zur besonderen Förderung und Bevorzugung von behinderten Menschen vorzusehen.

Vorbereitung des Hearings:

Von [REDACTED] als Erstunterzeichner ergeht ein Brief an alle ParlamentarierInnen, die am Hearing teilnehmen. Damit wird die BIZEPS-Broschüre "Gleichstellung für behinderte Menschen" überreicht und die Forderungen dargelegt. Ein weiterer Brief ergeht an alle Vereine, die die Petition unterzeichnet haben. Darin werden sie über den Vorschlag informiert, der im Hearing eingebracht werden soll und für den 3. November 1995 zu einem Treffen mit den drei VertreterInnen in Wien (Integration Österreich, Kaiserstraße 55/2, 1070 Wien) eingeladen. Hier sollen alle Vereine, die die Petition unterstützt haben, die Möglichkeit erhalten ihre Anliegen einzubringen und mitzubestimmen, was im Hearing vorgebracht wird. Dieser Brief wird im Namen der Plattform auf BIZEPS-Papier versandt.

Diskussion:

- Anstatt auf BIZEPS-Papier, sollte der Brief an die Vereine den Briefkopf des BUK-Forums mit Kontaktadresse Kaiserstraße tragen.
- Dagegen spricht, daß das BUK keine finanziellen Ressourcen hat, diese Arbeit durchzuführen. Sie wird vom BIZEPS übernommen, daher auch dessen Briefkopf.
- BIZEPS scheint auch auf der Petition auf. Der Brief an die Vereine käme dann also von einem Verein, der die Petition mitgetragen hat, was sinnvoll wäre.
- Dies würde wieder eine Wienlastigkeit bedeuten, die in den Bundesländern bereits zu Frustration geführt hat. Die Bundesländer sollten stärker einbezogen werden.

- Mit Adresse Kaiserstraße ist es genauso wienlastig.
- Die äußere Form spielt keine Rolle, wer die Arbeit macht, unterschreibt auch mit seinem Namen.
- Kompromißvorschlag: [REDACTED] übernimmt auch die Aussendung an die Vereine. Er ist Erstunterzeichner und neutral.

Allgemeines Einverständnis.

Fortsetzung Bericht Arbeitsgruppe 1
Die drei VertreterInnen beim Hearing teilen sich die Themen auf und versuchen möglichst alles abzudecken. Bereits vor dem Hearing sollten konkrete Beispiele für Diskriminierungen an die Volksanwaltschaft übermittelt werden. (Am 20. Oktober 1995 kamen die schriftlichen Absagen, da die Neuwahl alle Ausschüsse aufgelöst hat.)

Die **Volksanwaltschaft** wird von parlamentarischen Ausschüssen manchmal offiziell befragt und eine Anzahl von Beispielen, die dort vorliegen, kann unsere Argumentation gegenüber den Parlamentariern sehr unterstützen. An die Volksanwaltschaft können sich Einzelpersonen oder Gruppen wenden. [REDACTED] sammelt bis 22. 10. Fälle, leitet sie an die VertreterInnen der Bürgerinitiative beim Hearing weiter und diese übergeben sie dem Sekretariat der Volksanwaltschaft. [REDACTED] koordiniert in der Folge ein Treffen zwischen den drei VertreterInnen und der Volksanwältin. Je mehr unterschiedliche Fälle, die verschiedene Ressorts betreffen, vorliegen um so deutlicher wird die Notwendigkeit eines Verfassungsgesetzes.

Arbeitsgruppe 2: Öffentlichkeitsarbeit Antidiskriminierung

Es soll dafür gesorgt werden, daß in möglichst vielen - vor allem auch lokalen - Medien über das Hearing berichtet wird. Ein Grundmodell und eine Checkliste für Medienarbeit wird von [REDACTED] und [REDACTED] erarbeitet und wird etwa Mitte November verfügbar sein. Es wäre auch hilfreich sich Tips von PR-Erfahrenen, z. B. von GREEN-PAECE zu holen. Außerdem sollte eine Liste von JournalistInnen erstellt

werden, die AnsprechpartnerInnen für uns sein könnten. Vor dem nächsten 5. Mai (Europaweiten Protesttag gegen die Diskriminierung behinderter Menschen) sollte eine **Aktionswoche** stattfinden, in der täglich in einem anderen Bundesland eine Schwerpunktveranstaltung zum Thema Diskriminierung stattfindet.

Die **Koordination und gegenseitige Information** wird von DOMINO übernommen. Alle geplanten Aktivitäten - sowohl für die Aktionswoche als auch sonstige - sollten DOMINO bekannt gegeben werden. DOMINO gibt diese Informationen dann über einen **Verteiler** weiter. Bisherige Informationsnetze sollen jedoch bestehen bleiben. Die **Informationsstelle** DOMINO ist ein zusätzliches Service, um zu erreichen, daß Informationen nicht nach dem Zufallsprinzip ausgestreut werden. Ab sofort Probelauf bis zum nächsten Treffen.

Um Kosten und Zeit zu sparen, sollte zum **Informationsaustausch das Internet** mehr genutzt werden; Ansprechpartner BIZEPS.

Vormittagsplenum Sonntag, 1. 10. 1995

1. Antidiskriminierungsgesetz

Sobald der Gesetzesvorschlag beim Verfassungsschutz im Bundeskanzleramt liegt, muß das Thema häufig in den Medien sein. Es besteht eine **Arbeitsgruppe** mit JuristInnen im BIZEPS, in der die Detailfragen des Antidiskriminierungsgesetzes geklärt werden sollen. Damit auch Personen mitarbeiten könne, die nicht regelmäßig an den Treffen teilnehmen, könnte eine Liste dieser Interessierten erstellt werden, an die der jeweils letzte Stand des Entwurfes geschickt wird. Dazu können dann jeweils Vorschläge eingebracht werden.

Über die VertreterInnen beim Parlamentshearing, die von den Parteien

benannt werden, herrscht noch keine Klarheit. Es wird versucht, [REDACTED] aus Deutschland als unabhängigen Experten zu empfehlen.

Für die Zeit nach dem 14. November sollte eine klare Strategie für das weitere Vorgehen entwickelt werden, damit nicht die drei VertreterInnen beim Hearing diejenigen werden, die bei jeder Gelegenheit „vorgeschickt“ werden.

Diskussion:

- Aktuelle Gerichtsentscheide aufgrund des ADA in den USA sind über das **Internet** zugänglich und könnten herangezogen werden, um das österreichische Gesetz auszuweiten.
- Wir sollten uns jedoch nicht nur auf die USA konzentrieren. Auch **zahlreiche europäische Staaten** arbeiten an entsprechenden Gesetzen und deren Rechtssystem ist mit dem unseren besser kompatibel.
- Um möglichst viele dazu zu animieren, das Internet zu nutzen, werden mit der ersten Aussendung des **INFODIENSTES DER SELBSTBESTIMMT LEBEN INITIATIVE ÖSTERREICH** auch Informationen zum Zugang zum Internet geliefert.

2. Vorschläge zur Umstrukturierung des BUK-Treffens

Die Ziele der Veranstaltung sind Erfahrungsaustausch, Meinungsaustausch und Treffen von FreundInnen. Diese Erwartungen werden auch erfüllt. Nachteilig ist, daß zwischen den Treffen nichts passiert. Weiters werden bei den Treffen keine Positionen erarbeitet und keine Weiterbildung angeboten. Es fehlt an **Strukturen** für ein einheitliches Auftreten in der Öffentlichkeit. Außerdem wird es in Zukunft notwendig werden, neue **Verbündete** - z. B. in der Integrationsbewegung - zu finden.

Das Wechselspiel zwischen der

Selbstbestimmt-Leben-Bewegung und der Integrationsbewegung erweist sich als sehr fruchtbar für beide Seiten. Dieses Treffen sollte sich so nennen, wie das, wofür es steht - **Selbstbestimmt Leben Österreich** -, denn alle Anwesenden tragen die Ziele der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung mit.

Diskussion:

- Dieser Name wäre eine **positive Formulierung** und im europäischen Kontext klar einordenbar.
- In Salzburg wollen INTEGRATION SALZBURG und der SELBSTBESTIMMT LEBEN INITIATIVE SALZBURG zusammenarbeiten.
- Der Name „Forum der Behinderten- und Krüppelinitiativen - BUK“ wurde in Abtsdorf nie wirklich beschlossen, sondern war eine Idee von [REDACTED]. Der Name ist mittlerweile wohl auch **veraltet**. Krüppelinitiativen waren in den Siebziger- und Achtzigerjahren sehr wichtig. Die Krüppelinitiativen haben sich als Idee als sehr fruchtbar erwiesen, als Organisationsform jedoch nie funktioniert. Selbstbestimmt Leben Österreich ist daher wesentlich aktueller und ansprechender und wird vor allem von dieser Gruppe selbst beschlossen. **Der Name zeigt sofort, wofür wir stehen.**
- Vorschlag: „**SELBSTBESTIMMT LEBEN INITIATIVE ÖSTERREICH** - Forum der Behinderten- und Krüppelinitiativen“ als Doppelname für eine Übergangsphase. **Der zweite Teil fällt nach einiger Zeit weg.**
- SELBSTBESTIMMT LEBEN INITIATIVE ÖSTERREICH soll keinesfalls als Dachverband oder übergeordnete Zentrale verstanden werden, sondern **als Fundament**, dem wir uns zugehörig fühlen - eine Art Lagerhaus, aus dem wir Arbeitsmaterial beziehen können.

Abstimmung über den Namensvorschlag:

SELBSTBESTIMMT LEBEN INITIATIVE ÖSTERREICH - Forum der Behinderten- und Krüppelinitiativen. Ergebnis: Zustimmung aller Anwesenden.

Um Verwechslungen mit dem Sozialistischen Lehrerverein zu vermeiden und nach dem Vorbild von SLI Innsbruck gilt die **Abkürzung SLIÖ**.

Zur Struktur:

DOMINO (Mozartstraße 14, 4020 Linz) baut im Auftrag von SLIÖ einen **Informationsdienst** auf und OBER-ÖSTERREICH übernimmt auch die Koordination für das nächste Treffen. Als Moderatorinnen für das nächste Treffen stellen sich [REDACTED] und [REDACTED] zur Verfügung.

Als **SprecherInnen** der Gruppe nach außen betreffend alle Fragen zum **Thema Gleichstellung** werden die drei VertreterInnen beim Parlamentshearing [REDACTED] und [REDACTED]

beauftragt.
Abstimmung: Alle Anwesenden stimmen dafür.

Dazu wird aber festgehalten, daß es

keinen einzelnen Sprecher/in für die gesamte Gruppe geben sollte, sondern immer mehrere, die jeweils für bestimmte Fachgebiete zuständig sind. Ein einzelner Sprecher für die gesamte Gruppe wäre nur in einer Vereinsstruktur möglich, die wir jedoch derzeit nicht wollen.

Weiters wird mehr **Verlässlichkeit** beim Abliefern von Protokollen und Durchführen von beim Treffen gefaßten Beschlüssen gefordert. Umgekehrt sollten aber auch Beschlüsse für Arbeitsgruppen, die bei einem nächsten Treffen stattfinden sollen und auch vorbereitet werden, auch wirklich durchgeführt werden. [REDACTED] und [REDACTED]

[REDACTED] haben für dieses Treffen **Arbeitskreise** vorbereitet, die dann nicht stattfanden. Die Organisatoren entschuldigen sich dafür und versprechen derartiges in Zukunft zu vermeiden.

Sehr positiv aufgenommen wird der Vorschlag, **halbstündige Themen-**

tische abzuhalten, wo diejenigen, die sich mit einem Thema speziell beschäftigen, Informationen an Interessierte weitergeben. Wer einen solchen Thementisch machen möchte, soll dies den Koordinatoren für das nächste Treffen rechtzeitig bekannt geben. Weiters wird der Wunsch nach dem Arbeitskreis „Hilfsmittel und Rehabilitation“ bekräftigt. [REDACTED] und [REDACTED]

[REDACTED] erklären sich bereit hierzu Vorbereitungsarbeit zu leisten. Zu einem bei einem der letzten Treffen abgehaltenen Arbeitskreis zum Thema „Qualitätskontrolle bei ambulanten Diensten“ wurde ein umfangreiches Papier erarbeitet und verschickt. Auf Basis dieser Unterlage sollte unbedingt weitergearbeitet werden.

Termin für das nächste Treffen:
12. bis 14. April 1996 (Wochenende nach Ostern).

Protokoll [REDACTED]